

**Art. 2.** Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2022.

**Art. 3.** De minister bevoegd voor Volwassenenvorming is belast met de uitvoering van dit besluit. Eupen, 26 januari 2023.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen en Financiën,  
O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,  
L. KLINKENBERG

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/204425]

### 11. MAI 2023 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 87, abgeändert durch die Sondergesetze vom 8. August 1988, 16. Juli 1993 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 54, abgeändert durch die Gesetze vom 18. Juli 1990 und 16. Juli 1993;

Aufgrund des Dekrets vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen, Artikel 26 § 3 Absatz 1 und Artikel 29 § 7;

Aufgrund des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 16;

Aufgrund des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, Artikel 19;

Aufgrund des Dekrets vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss, Artikel 7;

Aufgrund des Dekrets vom 15. Juni 1994 über öffentliche Bibliotheken und den Beirat für öffentliche Bibliotheken, Artikel 13 Absatz 3, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 1998;

Aufgrund des Dekrets vom 29. April 1996 über Schuldnerberatung und Entschuldung, Artikel 12, abgeändert durch das Dekret vom 14. Februar 2011;

Aufgrund des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, Artikel 93.32 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009;

Aufgrund des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen, Artikel 200 § 9, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019;

Aufgrund des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten psycho-medizinisch-sozialen Zentrums, Artikel 95 Absatz 2;

Aufgrund des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen, Artikel 20 § 1 Absatz 6, ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 2015;

Aufgrund des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 9;

Aufgrund des Dekrets vom 26. Juni 2000 zur Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 13;

Aufgrund des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten psycho-medizinisch-sozialen Zentren, Artikel 94 Absatz 2;

Aufgrund des Dekrets vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen, Artikel 31;

Aufgrund des Wallonischen Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, Artikel L4146-5 Absatz 4, eingefügt durch das Dekret vom 11. Dezember 2018;

Aufgrund des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule, Artikel 5.68 und 9.11;

Aufgrund des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen, Artikel 5 § 1 Absatz 5;

Aufgrund des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historischen Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen, Artikel 41.1, eingefügt durch das Dekret vom 15. Dezember 2021;

Aufgrund des Dekrets vom 17. November 2008 zur Schaffung eines Beirates für Familien- und Generationenfragen, Artikel 10;

Aufgrund des Dekrets vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler, Artikel 16 Absatz 4;

Aufgrund des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit, Artikel 55;

Aufgrund des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 62 § 1 Absatz 3;

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, Artikel 6.76 und 8.10, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015;

Aufgrund des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, Artikel D.I.5.1 § 7, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019;

Aufgrund des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, Artikel 49;

Aufgrund des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt, Artikel 25;

Aufgrund des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen, Artikel 82;

Aufgrund des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege, Artikel 75;

Aufgrund des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen, Artikel 131;

Aufgrund des Dekrets vom 21. November 2022 zur Schaffung eines Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung, Artikel 12;

Aufgrund des Dekrets vom 27. Februar 2023 zur Schaffung eines Beirats für Gesundheit, Artikel 6;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens, Artikel 137 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Mai 1993 über die berufliche Aus- und Weiterbildung der in der Landwirtschaft arbeitenden Personen, Artikel 42;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 10. Juli 2003 über die Haushaltsführung, die Finanzielle Verwaltung, die Rechnungsführung und die Geschäftsführung der Dienststelle mit Getrennter Geschäftsführung "Gemeinschaftszentren", Artikel 18 Absatz 3;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. November 2003 über die Haushaltsführung, die Finanzielle Verwaltung, die Rechnungsführung und die Geschäftsführung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung "Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft", Artikel 18 Absatz 3;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 6. September 2007 über die Vermietung der von den Wohnungsbaugesellschaften öffentlichen Dienstes verwalteten Wohnungen, Artikel 9 § 1 Absatz 8, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 6. Februar 2020;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 17. Dezember 2009 zur Schaffung eines Rates für Erwachsenenbildung, Artikel 8;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 6. Dezember 2012 zur Organisation des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen", Artikel 6 Absatz 3;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 10. Februar 2022 zur Ausführung des Dekrets vom 24. Januar 2022 zur Bekämpfung des Dopings im Sport, Artikel 10 Absatz 1;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive vom 18. Dezember 1991 zur Schaffung einer Kommission zur Vorbeugung und Aufspürung der Tuberkulose;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive vom 9. April 1992 zur Festlegung der Beträge der Entschädigungen, die den Mitgliedern des Verwaltungsrates und den hinzugezogenen Fachleute der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge gewährt werden;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. April 1994 zur Festlegung der Entschädigungen für die Mitglieder der Königlichen Denkmal- und Landschaftsschutzkommission der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. August 1997 zur Regelung der Fahrt- und Aufenthaltsentschädigungen für die Mitglieder des Beirates für öffentliche Bibliotheken;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 1998 bezüglich der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen der Mitglieder der Deutschsprachigen und der Französischsprachigen Prüfungskommission zur Abhaltung der Sprachenprüfungen im Unterrichtswesen deutscher Sprache;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 16. September 1998 zur Festlegung der Anwesenheitsgelder und Entschädigungen, die Personen gewährt werden, die dem Verwaltungsrat des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen angehören;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 3. Februar 2000 zur Festlegung der Entschädigung der Mitglieder des Medienrates;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 24. Dezember 2001 zur Schaffung des Rates der Seniorinnen und Senioren;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 4. November 2010 zur Einsetzung des Begleitausschusses für die Baumaßnahmen in der Klinik Sankt Josef St. Vith und zur Ernennung der Mitglieder dieses Ausschusses;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 4. November 2010 zur Einsetzung des Begleitausschusses für die Baumaßnahmen im Sankt Nikolaus-Hospital Eupen und zur Ernennung der Mitglieder dieses Ausschusses;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 14. März 2023;

Aufgrund des Begutachtungsantrags innerhalb einer Frist von dreißig Tagen, welcher dem Staatsrat am 3. April 2023 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 vorgelegt wurde;

In Erwägung, dass das Gutachten nicht innerhalb dieser Frist mitgeteilt wurde;

Aufgrund des Artikels 84 § 4 Absatz 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt und die Finanzen;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1** - Artikel 3 des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 15. Mai 2003 und 3. Dezember 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird der Betrag "50 EUR" durch den Betrag "75 Euro" ersetzt und der Betrag "37,50 EUR" durch den Betrag "60 Euro" ersetzt.

2. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 beträgt das Anwesenheitsgeld der effektiven Sitzungspräsidenten folgender Gremien 75 Euro je behandelte Akte, mit einem Mindestbetrag von 150 Euro und einem Höchstbetrag von 300 Euro pro Tag:

- Einspruchskammer für das Gemeinschaftsunterrichtswesen;

- Einspruchskammer für das offizielle subventionierte Unterrichtswesen;

- Einspruchskammer für das konfessionelle freie subventionierte Unterrichtswesen;
- Einspruchskammer für die Autonome Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- Einspruchskammer für das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.“

**Art. 2** - In Artikel 4 § 1 Absatz 3 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 27. Juni 2002, wird die Wortfolge "die an den im Anhang des vorliegenden Erlasses erwähnten ersten bis sechsten Spiegelstrichen aufgeführten Prüfungsausschüssen im Unterrichtswesen und an den im siebten Spiegelstrich aufgeführten Pädagogischen Arbeitskreisen teilnehmen," durch die Wortfolge "die an Sitzungen der in den Nummern 21, 23, 28, 29 und 30 des Anhangs zu vorliegendem Erlass erwähnten Gremien teilnehmen," ersetzt.

**Art. 3** - Der Anhang desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 10. Februar 2022, wird durch den Anhang des vorliegenden Erlasses ersetzt.

**Art. 4** - Werden aufgehoben:

1. der Erlass der Exekutive vom 18. Dezember 1991 zur Schaffung einer Kommission zur Vorbeugung und Aufspürung der Tuberkulose;
2. der Erlass der Exekutive vom 9. April 1992 zur Festlegung der Beträge der Entschädigungen, die den Mitgliedern des Verwaltungsrates und den hinzugezogenen Facheleute der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge gewährt werden;
3. der Erlass der Regierung vom 22. April 1994 zur Festlegung der Entschädigungen für die Mitglieder der Königlichen Denkmal- und Landschaftsschutzkommission der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
4. der Erlass der Regierung vom 28. August 1997 zur Regelung der Fahrt- und Aufenthaltsentschädigungen für die Mitglieder des Beirates für öffentliche Bibliotheken;
5. der Erlass der Regierung vom 17. Juli 1998 bezüglich der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen der Mitglieder der Deutschsprachigen und der Französischsprachigen Prüfungskommission zur Abhaltung der Sprachprüfungen im Unterrichtswesen deutscher Sprache;
6. der Erlass der Regierung vom 16. September 1998 zur Festlegung der Anwesenheitsgelder und Entschädigungen, die Personen gewährt werden, die dem Verwaltungsrat des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen angehören;
7. der Erlass der Regierung vom 3. Februar 2000 zur Festlegung der Entschädigung der Mitglieder des Medienrates;
8. der Erlass der Regierung vom 24. Dezember 2001 zur Schaffung des Rates der Seniorinnen und Senioren;
9. der Erlass der Regierung vom 4. November 2010 zur Einsetzung des Begleitausschusses für die Baumaßnahmen in der Klinik Sankt Josef St. Vith und zur Ernennung der Mitglieder dieses Ausschusses;
10. der Erlass der Regierung vom 4. November 2010 zur Einsetzung des Begleitausschusses für die Baumaßnahmen im Sankt Nikolaus-Hospital Eupen und zur Ernennung der Mitglieder dieses Ausschusses.

**Art. 5** - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in Kraft.

In Abweichung von Absatz 1 tritt Artikel 1 Nummer 2 mit Wirkung vom 1. Januar 2022 in Kraft.

**Art. 6** - Die Minister sind, jeder für seinen Zuständigkeitsbereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 11. Mai 2023

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden und Finanzen  
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,  
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen  
A. ANTONIADIS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien  
I. WEYKMANS

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung  
L. KLINKENBERG

#### Anhang

**Anhang zum Erlass der Regierung 6850/EX/IX/B/I zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

*Anhang*

1. Arbeitskreis für Vermittlung und Leiharbeitsvermittlung
2. Begleitausschuss für die Jugendhilfe
3. Beiräte für den Dienst mit getrennter Geschäftsführung "Gemeinschaftszentren"
4. Beirat für den Dienst mit getrennter Geschäftsführung "Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft"
5. Beirat für den Dienst mit getrennter Geschäftsführung "Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen"
6. Beirat für Familien- und Generationenfragen
7. Beirat für Gesundheit
8. Beirat für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt
9. Beirat für Mediendienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft
10. Beirat für Menschen mit Beeinträchtigung
11. Beirat für öffentliche Bibliotheken

12. Beirat für Raumordnung
  13. Beirat für Seniorenunterstützung
  14. Beirat für Wohnungswesen und Energie
  15. Beratender Ausschuss im Bereich der landwirtschaftlichen Ausbildung
  16. Beratendes Fachgremium bei der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben
  17. Berufungsausschuss für Studienbeihilfen
  18. Beschwerdegremium für die Jugendhilfe
  19. Beschwerdekammer für das öffentliche Wohnungswesen
  20. Beschwerdekommision bei Gemeinderatswahlen
  21. Deutschsprachiger und französischsprachiger Prüfungsausschuss zur Abhaltung der Sprachenprüfungen im Unterrichtswesen
  22. Fachjury für die Einstufung der Amateurtheater
  23. Förderausschuss im Unterrichtswesen
  24. Jugendkommission der Deutschsprachigen Gemeinschaft
  25. Königliche Denkmal- und Landschaftsschutzkommission der Deutschsprachigen Gemeinschaft
  26. Pädagogische Arbeitskreise
  27. Prüfungsausschuss für den Sekundarunterricht
  28. Prüfungsausschuss zur schulexternen Vergabe des Abschlusszeugnisses der Grundschule
  29. Prüfungsausschüsse im Bereich der landwirtschaftlichen Ausbildung
  30. Rat für Erwachsenenbildung
  31. Rat für Familienleistungen
  32. Rat für Studienbeihilfen
  33. TUE-Kommission für medizinische Ausnahmegenehmigungen im Bereich der Bekämpfung des Dopings im Sport
  34. Vergabekommission des Entschuldungsfonds
  35. Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Gesehen, um dem Erlass der Regierung 6850/EX/IX/B/I zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtenerschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigefügt zu werden.  
Eupen, den 11. Mai 2023

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden und Finanzen  
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,  
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen  
A. ANTONIADIS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien  
I. WEYKMANS

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung  
L. KLINKENBERG

—————  
TRADUCTION

#### MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2023/204425]

#### **11 MAI 2023. — Arrêté du Gouvernement portant modification de l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 87, modifié par les lois spéciales du 8 août 1988, du 16 juillet 1993 et du 6 janvier 2014;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 54, modifié par les lois du 18 juillet 1990 et du 16 juillet 1993;

Vu le décret du 26 juin 1986 relatif à l'octroi d'allocations d'études, les articles 26, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, et 29, § 7;

Vu le décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, l'article 16;

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME, l'article 19;

Vu le décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury, l'article 7;

Vu le décret du 15 juin 1994 relatif aux bibliothèques publiques et au Conseil consultatif pour les bibliothèques publiques, l'article 13, alinéa 3, inséré par le décret du 29 juin 1998;

Vu le décret du 29 avril 1996 concernant la médiation et l'apurement de dettes, l'article 12, modifié par le décret du 14 février 2011;

Vu le décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, l'article 93.32, alinéa 2, inséré par le décret du 11 mai 2009;

Vu le Code wallon de l'habitation durable, l'article 200, § 9, inséré par le décret du 12 décembre 2019;

Vu le décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, l'article 95, alinéa 2;

Vu le décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, l'article 20, § 1<sup>er</sup>, alinéa 6, remplacé par le décret du 29 juin 2015;

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone, l'article 9;

Vu le décret du 26 juin 2000 portant création d'un Conseil économique et social de la Communauté germanophone, l'article 13;

Vu le décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, l'article 94, alinéa 2;

Vu le décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement, l'article 31;

Vu le Code wallon de la démocratie locale et de la décentralisation, l'article L4146-5, alinéa 4, inséré par le décret du 11 décembre 2018;

Vu le décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, les articles 5.68 et 9.11;

Vu le décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse, l'article 5, § 1<sup>er</sup>, alinéa 5;

Vu le décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et paysages culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles, l'article 41.1, inséré par le décret du 15 décembre 2021;

Vu le décret du 17 novembre 2008 pour la création d'un conseil consultatif pour les questions familiales et générationnelles, l'article 10;

Vu le décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées, l'article 16, alinéa 4;

Vu le décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse, l'article 55;

Vu le décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone, l'article 62, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3;

Vu le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, les articles 6.76 et 8.10, inséré par le décret du 29 juin 2015;

Vu le Code wallon du développement territorial, l'article D.I.5.1, § 7, inséré par le décret du 12 décembre 2019;

Vu le décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, l'article 49;

Vu le décret du 11 décembre 2017 relatif à l'intégration et au vivre ensemble dans la diversité, l'article 25;

Vu le décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, l'article 82;

Vu le décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs, l'article 75;

Vu le décret du 1<sup>er</sup> mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques, l'article 131;

Vu le décret du 21 novembre 2022 portant création d'un Conseil consultatif pour les personnes handicapées, l'article 12;

Vu le décret du 27 février 2023 portant création d'un Conseil consultatif pour la santé, l'article 6;

Vu l'arrêté royal spéciale du 22 mars 1969 fixant le statut du personnel de l'enseignement communautaire, l'article 137, alinéa 2, inséré par le décret du 26 juin 2006;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 mai 1993 relatif à la formation et au perfectionnement professionnels des personnes travaillant dans l'agriculture, l'article 42;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 10 juillet 2003 relatif à la gestion budgétaire, financière et comptable ainsi qu'à la direction du service à gestion autonome "centres communautaires", l'article 18, alinéa 3;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 20 novembre 2003 relatif à la gestion budgétaire, financière et comptable ainsi qu'à la direction du "Centre des Médias de la Communauté germanophone", service à gestion autonome, l'article 18, alinéa 3;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 6 septembre 2007 organisant la location des logements gérés par les sociétés de logement de service public, l'article 9, § 1<sup>er</sup>, alinéa 8, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 6 février 2020;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 17 décembre 2009 portant création d'un Conseil pour la formation des adultes, l'article 8;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 6 décembre 2012 portant organisation du service à gestion séparée "Service et Logistique dans l'enseignement communautaire", l'article 6, alinéa 3;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 10 février 2022 portant exécution du décret du 24 janvier 2022 relatif à la lutte contre le dopage dans le sport, l'article 10, alinéa 1<sup>er</sup>;

Vu l'arrêté de l'Exécutif du 18 décembre 1991 portant création d'une Commission pour la prévention et le dépistage de la tuberculose;

Vu l'arrêté de l'Exécutif du 9 avril 1992 fixant le montant des indemnités accordées aux membres du conseil d'administration du "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge" et aux spécialistes auxquels il fait appel;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 avril 1994 fixant les indemnités accordées aux membres de la Commission Royale de la Communauté germanophone pour la protection des monuments et sites;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 28 août 1997 portant réglementation des indemnités pour frais de parcours et de séjour octroyées aux membres de la Commission consultative des Bibliothèques publiques;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 1998 relatif aux jetons de présence et indemnités de déplacement octroyés aux membres des commissions de langue française et de langue allemande chargées de procéder aux examens linguistiques dans l'enseignement de régime allemand;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 16 septembre 1998 fixant les jetons de présence et indemnités octroyés aux personnes appartenant au conseil d'administration de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 3 février 2000 fixant l'indemnisation des membres du conseil des médias;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 24 décembre 2001 portant création du Conseil des personnes âgées;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 4 novembre 2010 portant installation du comité d'accompagnement pour les mesures de construction à la "Klinik Sankt Josef" de Saint-Vith et portant nomination des membres de ce comité;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 4 novembre 2010 portant installation du comité d'accompagnement pour les mesures de construction au "Sankt Nikolaus-Hospital" d'Eupen et portant nomination des membres de ce comité;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 14 mars 2023;

Vu la demande d'avis dans un délai de trente jours, déposée au Conseil d'Etat le 3 avril 2023, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant que l'avis demandé n'a pas été rendu dans ce délai;

Vu l'article 84, § 4, alinéa 2, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Finances;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** A l'article 3 de l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone, modifié par les arrêtés du Gouvernement du 15 mai 2003 et 3 décembre 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, le montant « 50,00 EUROS » est remplacé par le montant « 75 euros » et le montant « 37,50 EUROS » est remplacé par le montant « 60 euros »;

2<sup>o</sup> un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1<sup>er</sup> et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le jeton de présence du président de séance effectif des organismes suivants est de 75 euros par dossier traité, avec un minimum de 150 euros et un maximum de 300 euros par journée :

- chambre de recours pour l'enseignement communautaire;
- chambre de recours pour l'enseignement officiel subventionné;
- chambre de recours pour l'enseignement confessionnel libre subventionné;
- chambre de recours pour la haute école autonome en Communauté germanophone;
- chambre de recours du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes. »

**Art. 2.** A l'article 4, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2002, les mots « qui participent aux jurys d'examens mentionnés du premier au sixième tiret et aux groupes de travail pédagogique mentionné au septième tiret de l'annexe au présent arrêté » sont remplacés par les mots « qui participent aux séances des organismes mentionnés aux 21<sup>o</sup>, 23<sup>o</sup>, 28<sup>o</sup>, 29<sup>o</sup> et 30<sup>o</sup> de l'annexe au présent arrêté ».

**Art. 3.** L'annexe du même arrêté, modifiée en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 10 février 2022, est remplacée par l'annexe jointe au présent arrêté.

**Art. 4.** Sont abrogés :

1<sup>o</sup> l'arrêté de l'Exécutif du 18 décembre 1991 portant création d'une Commission pour la prévention et le dépistage de la tuberculose;

2<sup>o</sup> l'arrêté de l'Exécutif du 9 avril 1992 fixant le montant des indemnités accordées aux membres du conseil d'administration du "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge" et aux spécialistes auxquels il fait appel;

3<sup>o</sup> l'arrêté du Gouvernement du 22 avril 1994 fixant les indemnités accordées aux membres de la Commission Royale de la Communauté germanophone pour la protection des monuments et sites;

4<sup>o</sup> l'arrêté du Gouvernement du 28 août 1997 portant réglementation des indemnités pour frais de parcours et de séjour octroyées aux membres de la Commission consultative des Bibliothèques publiques;

5<sup>o</sup> l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 1998 relatif aux jetons de présence et indemnités de déplacement octroyés aux membres des commissions de langue française et de langue allemande chargées de procéder aux examens linguistiques dans l'enseignement de régime allemand;

6<sup>o</sup> l'arrêté du Gouvernement du 16 septembre 1998 fixant les jetons de présence et indemnités octroyés aux personnes appartenant au conseil d'administration de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME;

7<sup>o</sup> l'arrêté du Gouvernement du 3 février 2000 fixant l'indemnisation des membres du conseil des médias;

8<sup>o</sup> l'arrêté du Gouvernement du 24 décembre 2001 portant création du Conseil des personnes âgées;

9<sup>o</sup> l'arrêté du Gouvernement du 4 novembre 2010 portant installation du comité d'accompagnement pour les mesures de construction à la "Klinik Sankt Josef" de Saint-Vith et portant nomination des membres de ce comité;

10<sup>o</sup> l'arrêté du Gouvernement du 4 novembre 2010 portant installation du comité d'accompagnement pour les mesures de construction au "Sankt Nikolaus-Hospital" d'Eupen et portant nomination des membres de ce comité.

**Art. 5.** Le présent arrêté produit ses effets le 1<sup>er</sup> janvier 2023.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, l'article 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, produit ses effets le 1<sup>er</sup> janvier 2022.

**Art. 6.** Les ministres sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 11 mai 2023.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,  
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,  
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du Territoire et du Logement,  
A. ANTONIADIS

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias,  
I. WEYKMANS

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,  
L. KLINKENBERG

Annexe

**Annexe à l'arrêté du Gouvernement 6850/EX/IX/B/I modifiant l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone**

Annexe

- 1<sup>o</sup> Plate-forme "Placement et placement d'intérimaires"
- 2<sup>o</sup> Comité d'accompagnement pour l'aide à la jeunesse
- 3<sup>o</sup> Conseils consultatifs pour le service à gestion séparée "Centres communautaires"
- 4<sup>o</sup> Conseil consultatif pour le service à gestion séparée "Centre des Médias de la Communauté germanophone"
- 5<sup>o</sup> Conseil consultatif pour le service à gestion séparée "Service et logistique dans l'enseignement communautaire"
- 6<sup>o</sup> Conseil consultatif pour les questions familiales et générationnelles
- 7<sup>o</sup> Conseil consultatif pour la santé
- 8<sup>o</sup> Conseil consultatif pour l'intégration et le vivre ensemble dans la diversité
- 9<sup>o</sup> Commission consultative pour les services de médias de la Communauté germanophone
- 10<sup>o</sup> Conseil consultatif pour les personnes handicapées
- 11<sup>o</sup> Commission consultative des bibliothèques publiques
- 12<sup>o</sup> Conseil consultatif pour l'aménagement du territoire
- 13<sup>o</sup> Conseil consultatif pour le soutien aux personnes âgées
- 14<sup>o</sup> Conseil consultatif du Logement et de l'Énergie
- 15<sup>o</sup> Commission consultative dans le domaine de la formation professionnelle dans l'agriculture
- 16<sup>o</sup> Organe consultatif spécialisé de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée
- 17<sup>o</sup> Commission d'appel en matière d'allocations d'études
- 18<sup>o</sup> Organe de recours pour l'aide à la jeunesse
- 19<sup>o</sup> Chambre de recours pour le logement public
- 20<sup>o</sup> Commission de réclamation lors d'élections communales
- 21<sup>o</sup> Commissions de langue allemande et de langue française chargées de procéder aux examens linguistiques dans l'enseignement
- 22<sup>o</sup> Jury spécialisé pour le classement du théâtre amateur
- 23<sup>o</sup> Commission de soutien pour l'enseignement
- 24<sup>o</sup> Commission "Jeunesse" de la Communauté germanophone
- 25<sup>o</sup> Commission Royale de la Communauté germanophone pour la protection des monuments et sites
- 26<sup>o</sup> Groupes de travail pédagogique
- 27<sup>o</sup> Jury d'examens pour l'enseignement secondaire
- 28<sup>o</sup> Jury d'examens pour la délivrance extrascolaire du certificat d'études de base
- 29<sup>o</sup> Jurys d'examens dans le domaine de la formation professionnelle dans l'agriculture
- 30<sup>o</sup> Conseil pour la formation des adultes
- 31<sup>o</sup> Conseil pour les prestations familiales
- 32<sup>o</sup> Conseil des allocations d'études
- 33<sup>o</sup> Commission AUT pour les autorisations d'usage à des fins thérapeutiques dans le domaine de la lutte contre le dopage dans le sport

34° Commission de répartition du Fonds pour l'apurement de dettes

35° Conseil économique et social de la Communauté germanophone

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement 6850/EX/IX/B/I modifiant l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone.

Eupen, le 11 mai 2023.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,  
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,  
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du Territoire et du Logement,  
A. ANTONIADIS

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias,  
I. WEYKMANS

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,  
L. KLINKENBERG

VERTALING

#### MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2023/204425]

#### 11 MEI 2023. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering Van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 87, gewijzigd bij de bijzondere wetten van 8 augustus 1988, 16 juli 1993 en 6 januari 2014;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 54, gewijzigd bij de wetten van 18 juli 1990 en 16 juli 1993;

Gelet op het decreet van 26 juni 1986 betreffende de toekenning van studietoelagen, artikel 26, § 3, eerste lid, en artikel 29, § 7;

Gelet op het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, artikel 16;

Gelet op het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's, artikel 19;

Gelet op het decreet van 18 april 1994 betreffende de inrichting van een examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap voor het secundair onderwijs en de organisatie van de examens afgelegd vóór deze examencommissie, artikel 7;

Gelet op het decreet van 15 juni 1994 over de openbare bibliotheken en de Adviescommissie voor openbare bibliotheken, artikel 13, derde lid, ingevoegd bij het decreet van 29 juni 1998;

Gelet op het decreet van 29 april 1996 betreffende de schuldbemiddeling en de afbetaling van schulden, artikel 12, gewijzigd bij het decreet van 14 februari 2011;

Gelet op het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen, artikel 93.32, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009;

Gelet op het Waals Wetboek van duurzaam wonen, artikel 200, § 9, ingevoegd bij het decreet van 12 december 2019;

Gelet op het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum, artikel 95, tweede lid;

Gelet op het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs, artikel 20, § 1, zesde lid, vervangen bij het decreet van 29 juni 2015;

Gelet op het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap, artikel 9;

Gelet op het decreet van 26 juni 2000 houdende oprichting van een Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, artikel 13;

Gelet op het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra, artikel 94, tweede lid;

Gelet op het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs, artikel 31;

Gelet op het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie, artikel L4146-5, vierde lid, ingevoegd bij het decreet van 11 december 2018;

Gelet op het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool, artikelen 5.68 en 9.11;

Gelet op het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming, artikel 5, § 1, vijfde lid;

Gelet op het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en historische cultuurlandschappen en betreffende de opgravingen, artikel 41.1, ingevoegd bij het decreet van 15 december 2021;

Gelet op het decreet van 17 november 2008 betreffende de oprichting van een adviesraad voor gezins- en generatievraagstukken, artikel 10;



- Gelet op het decreet van 11 mei 2009 betreffende de erkenning van uitzendbureaus en de controle op de particuliere arbeidsbemiddelingsbureaus, artikel 16, vierde lid;
- Gelet op het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk, artikel 55;
- Gelet op het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap, artikel 62, § 1, derde lid;
- Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren, artikelen 6.76 en 8.10, ingevoegd bij het decreet van 29 juni 2015;
- Gelet op het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling, artikel D.I.5.1, § 7, ingevoegd bij het decreet van 12 december 2019;
- Gelet op het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, artikel 49;
- Gelet op het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit, artikel 25;
- Gelet op het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen, artikel 82;
- Gelet op het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg, artikel 75;
- Gelet op het decreet van 1 maart 2021 over de audiovisuele mediadiensten en de filmvoorstellingen, artikel 131;
- Gelet op het decreet van 21 november 2022 tot oprichting van een adviescommissie voor mensen met een beperking, artikel 12;
- Gelet op het decreet van 27 februari 2023 tot oprichting van een adviescommissie voor gezondheid, artikel 6;
- Gelet op het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs, artikel 137, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 26 juni 2006;
- Gelet op het besluit van de Regering van 27 mei 1993 betreffende de beroepsopleiding en de bijscholing van de personen die in de landbouw werkzaam zijn, artikel 42;
- Gelet op het besluit van de Regering van 10 juli 2003 betreffende het budgettair, financieel en boekhoudkundig beheer alsmede de leiding van de dienst met autonoom beheer "gemeenschapscentra", artikel 18, derde lid;
- Gelet op het besluit van de Regering van 20 november 2003 betreffende het budgettair, financieel en boekhoudkundig beheer alsmede de leiding van het "Mediacentrum van de Duitstalige Gemeenschap", dienst met autonoom beheer, artikel 18, derde lid;
- Gelet op het besluit van de Waalse Regering van 6 september 2007 tot organisatie van de verhuur van woningen beheerd door de openbare huisvestingsmaatschappijen, artikel 9, § 1, achtste lid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 6 februari 2020;
- Gelet op het besluit van de Regering van 17 december 2009 houdende oprichting van een Raad voor Volwassenenvorming, artikel 8;
- Gelet op het besluit van de Regering van 6 december 2012 houdende organisatie van de dienst met afzonderlijk beheer "Service en Logistiek in het Gemeenschapsonderwijs", artikel 6, derde lid;
- Gelet op het besluit van de Regering van 10 februari 2022 tot uitvoering van het decreet van 24 januari 2022 betreffende de bestrijding van doping in de sport, artikel 10, eerste lid;
- Gelet op het besluit van de Executieve van 18 december 1991 tot oprichting van een commissie voor de preventie en de opsporing van tuberculose;
- Gelet op het besluit van de Executieve van 9 april 1992 tot vaststelling van de vergoedingen toegekend aan de leden van de raad van bestuur van de "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge" alsmede aan de specialisten op wie hij een beroep doet;
- Gelet op het besluit van de Regering van 22 april 1994 tot vaststelling van de vergoedingen die toegekend worden aan de leden van de Koninklijke Commissie van de Duitstalige Gemeenschap voor de bescherming van monumenten en landschappen;
- Gelet op het besluit van de Regering van 28 augustus 1997 houdende regeling van de vergoedingen voor reis- en verblijfkosten toegekend aan de leden van de Adviescommissie voor openbare bibliotheken;
- Gelet op het besluit van de Regering van 17 juli 1998 over het presentiegeld en de reiskostenvergoeding toegestaan aan de leden van de Franstalige en Duitstalige examencommissies belast met het afnemen van de taalexamens in het onderwijs van het Duitse taalstelsel;
- Gelet op het besluit van de Regering van 16 september 1998 houdende vastlegging van het presentiegeld en van de vergoedingen die toegekend worden aan personen behorend tot de raad van bestuur van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's;
- Gelet op het besluit van de Regering van 3 februari 2000 tot vaststelling van de vergoeding ten gunste van de leden van de mediaraad;
- Gelet op het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap;
- Gelet op het besluit van de Regering van 24 december 2001 houdende oprichting van een Bejaardenraad in de Duitstalige Gemeenschap;
- Gelet op het besluit van de Regering van 4 november 2010 tot instelling van het comité voor de opvolging van de bouwmaatregelen in de "Klinik Sankt Josef" te Sankt Vith en tot benoeming van de leden van dat comité;
- Gelet op het besluit van de Regering van 4 november 2010 tot instelling van het comité voor de opvolging van de bouwmaatregelen in het "Sankt Nikolaus-Hospital" te Eupen en tot benoeming van de leden van dat comité;
- Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 14 maart 2023;
- Gelet op de aanvraag om advies binnen een termijn van dertig dagen die op 3 april 2023 bij de Raad van State werd ingediend met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende dat het advies niet binnen die termijn werd verstrekt;

Gelet op artikel 84, § 4, tweede lid, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;  
Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Begroting en Financiën;  
Na beraadslaging,

Besluit :

**Artikel 1.** In artikel 3 van het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 15 mei 2003 en 3 december 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt het bedrag "50 euro" vervangen door het bedrag "75 euro" en wordt het bedrag "37,50 euro" vervangen door het bedrag "60 euro";

2° tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende:

"In afwijking van het eerste lid bedraagt het presentiegeld van de effectieve voorzitters van de zittingen van de volgende organen 75 euro per behandeld dossier, met een minimumbedrag van 150 euro en een maximumbedrag van 300 euro per dag:

- raad van beroep voor het gemeenschapsonderwijs;
- raad van beroep voor het gesubsidieerd officieel onderwijs;
- raad van beroep voor het gesubsidieerd confessioneel vrij onderwijs;
- raad van beroep voor de autonome hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap;
- raad van beroep voor het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren."

**Art. 2.** Artikel 4, § 1, derde lid, van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 27 juni 2002, wordt vervangen als volgt: "De beperkingen bepaald in het eerste en het tweede lid gelden niet voor de rechthebbende personeelsleden van het onderwijs die deelnemen aan zittingen van de organen vermeld in 21°, 23°, 28°, 29° en 30° van de bijlage bij dit besluit."

**Art. 3.** De bijlage van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 10 februari 2022, wordt vervangen door de bijlage gevoegd bij dit besluit.

**Art. 4.** Opgeheven worden:

1° het besluit van de Executieve van 18 december 1991 tot oprichting van een commissie voor de preventie en de opsporing van tuberculose;

2° het besluit van de Executieve van 9 april 1992 tot vaststelling van de vergoedingen toegekend aan de leden van de raad van bestuur van de "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge" alsmede aan de specialisten op wie hij een beroep doet;

3° het besluit van de Regering van 22 april 1994 tot vaststelling van de vergoedingen die toegekend worden aan de leden van de Koninklijke Commissie van de Duitstalige Gemeenschap voor de bescherming van monumenten en landschappen;

4° het besluit van de Regering van 28 augustus 1997 houdende regeling van de vergoedingen voor reis- en verblijfkosten toegekend aan de leden van de Adviescommissie voor openbare bibliotheken;

5° het besluit van de Regering van 17 juli 1998 over het presentiegeld en de reiskostenvergoeding toegestaan aan de leden van de Franstalige en Duitstalige examencommissies belast met het afnemen van de taalexamens in het onderwijs van het Duitse taalstelsel;

6° het besluit van de Regering van 16 september 1998 houdende vastlegging van het presentiegeld en van de vergoedingen die toegekend worden aan personen behorend tot de raad van bestuur van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's;

7° het besluit van de Regering van 3 februari 2000 tot vaststelling van de vergoeding ten gunste van de leden van de mediaraad;

8° het besluit van de Regering van 24 december 2001 houdende oprichting van een Bejaardenraad in de Duitstalige Gemeenschap;

9° het besluit van de Regering van 4 november 2010 tot instelling van het comité voor de opvolging van de bouwmaatregelen in de "Klinik Sankt Josef" te Sankt Vith en tot benoeming van de leden van dat comité;

10° het besluit van de Regering van 4 november 2010 tot instelling van het comité voor de opvolging van de bouwmaatregelen in het "Sankt Nikolaus-Hospital" te Eupen en tot benoeming van de leden van dat comité.

**Art. 5.** Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2023.

In afwijking van het eerste lid heeft artikel 1, 2°, uitwerking met ingang van 1 januari 2022.

**Art. 6.** De ministers zijn, ieder wat hem of haar betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 11 mei 2023.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen en Financiën,  
O. PAASCH

De Viceminister-President,  
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,  
A. ANTONIADIS

De Minister van Cultuur en Sport,  
Werkgelegenheid en Media,  
I. WEYKMANS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,  
L. KLINKENBERG

## Bijlage

**Bijlage bij het besluit van de Regering 6850/EX/IX/B/I tot wijziging van het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap**

*Bijlage*

- 1° Platform voor arbeids- en uitzendbemiddeling
  - 2° Begeleidingscomité voor jeugdbijstand
  - 3° Adviesraden voor de dienst met afzonderlijk beheer "Gemeenschapscentra"
  - 4° Adviesraad voor de dienst met afzonderlijk beheer "Mediacentrum van de Duitstalige Gemeenschap"
  - 5° Adviesraad voor de dienst met afzonderlijk beheer "Service en Logistiek in het Gemeenschapsonderwijs"
  - 6° Adviesraad voor gezins- en generatievraagstukken
  - 7° Adviescommissie voor gezondheid
  - 8° Adviescommissie voor integratie en samenleven in diversiteit
  - 9° Adviesraad voor de mediadiensten van de Duitstalige Gemeenschap
  - 10° Adviescommissie voor mensen met een beperking
  - 11° Adviescommissie voor openbare bibliotheken
  - 12° Adviesraad voor Ruimtelijke Ordening
  - 13° Adviescommissie voor de ondersteuning van ouderen
  - 14° Adviesraad voor Huisvesting en Energie
  - 15° Adviescommissie op het gebied van de beroepsopleiding in de landbouw
  - 16° Gespecialiseerd adviesorgaan bij de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven
  - 17° Commissie van beroep inzake studietoelagen
  - 18° Klachtencommissie inzake jeugdbijstand
  - 19° Kamer van beroep inzake openbare huisvesting
  - 20° Bezwarencommissie bij gemeenteraadsverkiezingen
  - 21° Duitstalige en Franstalige examencommissie belast met het afnemen van de taalexamens in het onderwijs
  - 22° Vakjury voor de classificatie van de amateurtheaters
  - 23° Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften
  - 24° Jeugdcommissie van de Duitstalige Gemeenschap
  - 25° Koninklijke Commissie van de Duitstalige Gemeenschap voor de bescherming van monumenten en landschappen
  - 26° Pedagogische werkgroepen
  - 27° Examencommissie voor het secundair onderwijs
  - 28° Examencommissie voor de uitreiking van het bewijs van basisonderwijs buiten schoolverband
  - 29° Examencommissies op het gebied van de beroepsopleiding in de landbouw
  - 30° Raad voor Volwassenenvorming
  - 31° Raad voor Gezinsbijslagen
  - 32° Raad voor studietoelagen
  - 33° Commissie voor Toestemmingen wegens Therapeutische Noodzaak ter bestrijding van doping in de sport (TTN-commissie)
  - 34° Verdelingscommissie van het Fonds voor afbetaling van schulden
  - 35° Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap
- Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van de Regering 6850/EX/IX/B/I tot wijziging van het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap.
- Eupen, 11 mei 2023.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen en Financiën,  
O. PAASCH

De Viceminister-President,  
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,  
A. ANTONIADIS

De Minister van Cultuur en Sport,  
Werkgelegenheid en Media,  
I. WEYKMANS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,  
L. KLINKENBERG

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/204518]

**6. JULI 2023 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 13. November 2008 über die finanzielle Verwaltung der Kirchenfabriken**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die materielle Organisation und die Funktionsweise der anerkannten Kulte, Artikel 27 Absatz 1;